

Gesellschaft verwies angesichts der wiederkehrenden Diskussionen zu Produktionsmethoden **Prof. Ulrich Nöhle**, der als Krisenmanager und Mediator arbeitet. Alle wollten zurück zur Natur, „aber keiner zu Fuß“, so seine Diagnose. Zudem kämen in der öffentlichen Wahrnehmung nur die romantische Idylle oder der Skandal vor, nicht aber der Normalfall, wie er in den Ställen vorzufinden sei. Hinzu komme, dass die Medien die Meinungsführerschaft übernommen hätten und auch die Moral vorgäben. „Wer nicht kommuniziert, macht sich verdächtig“, betonte der Experte. Für die Landwirtschaft gelte der Grund-

satz „Berichte selbst - sonst tun es andere“. Wie das „Schlüssel-Schloss-Prinzip“ als Türöffner nach draußen funktionieren kann, erläuterte **Prof. Matthias Kussin** von der Hochschule Osnabrück. Seiner Einschätzung nach muss die Landwirtschaft zwischen hochprofessionellen Umweltverbänden, die auch mit eigenen Studien arbeiteten, den Bürgern, die mitreden wollten und sich nicht alleine durch Fakten überzeugen ließen, und den Medien, für die die Thematisierung von Konflikten attraktiv sei, kommunikativ mitspielen. Wichtig für die Agrarbranche sei dabei, die eigenen Schwächen zu erkennen. AgE

ÖSTERREICH

UMWELTSCHUTZ

Breite Unterstützung für Klimaschutzabkommen im Umweltausschuss

WIEN. Die Vorlage der Wiener Regierung zur Ratifizierung des Klimaschutzabkommens von Paris ist am vergangenen Mittwoch (22.6.) im Umweltausschuss des Nationalrats bestätigt worden. Damit könnte sie noch vor der Sommerpause im Parlament beschlossen werden. Nach Angaben von Landwirtschaftsminister **André Rupprechter** zählt Österreich zu den ersten drei EU-Mitgliedstaaten, die den Prozess der Ratifizierung formell gestartet haben. In Kraft tritt das Abkommen, wenn es von mindestens 55 Staaten, die zusammen wenigstens 55 % der globalen Treibhausgasemissionen

verursachen, ratifiziert worden ist. Aktuell haben dies weltweit 17 Staaten getan. Der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, **Hermann Schultes**, forderte anlässlich der Entscheidung im Umweltausschuss offensive Maßnahmen und Weichenstellungen für einen vollständigen Umbau des österreichischen Energiesystems mit erneuerbaren Energieträgern. Die Energieerzeugung aus Biomasse sei beispielsweise nicht nur ein Problemlöser beim Klimaschutz, sondern auch ein besonders wichtiger Investitions- und Beschäftigungsmotor im ländlichen Raum. AgE

DEUTSCHLAND

PFLANZENBAU

Arzneipflanzen sollen die Kulturlandschaft bereichern

BONN. Die Stiftung Rheinische Kulturlandschaft will künftig Flächen im Rheinland mit Arzneipflanzen bereichern. Dazu soll das Projekt „Nachhaltiger Arznei- und Gewürzpflanzenanbau“ an den Start gehen, das am vergangenen Mittwoch (22.6.) auf den Schauanbauflächen der RWE Power AG bei Bedburg vorgestellt wurde. Das Ziel des Vorhabens ist nach Angaben der Stiftung ein aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Sicht dauerhaft tragfähiger Anbau von Arznei- und Gewürzpflanzen. Damit dieser gelinge, werde getestet, wie ein geeignetes Anbausystem aussehen könnte. Für eine umfassende Evaluierung, sei-

en Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Landwirtschaft und Naturschutz zusammengebracht worden. Dazu zählten neben der RWE Power AG die Universität Bonn, die ihr Know-how im Bereich des Arzneipflanzenanbaus und der Nützlingsförderung beisteuere sowie die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und die Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR). Die Stiftung übernimmt nach eigenen Angaben die Projektkoordination sowie die naturschutzfachliche Optimierung des Anbaus. Noch sei das Vorhaben allerdings nicht gestartet, da noch die Suche nach Förderern laufe. AgE

DEUTSCHLAND

UMWELTSCHUTZ

Fracking in Schiefergestein wird verboten

Bundestag untersagt unkonventionelles Fracking - Nur vier Probebohrungen pro Jahr für wissenschaftliche Zwecke zulässig - Bauernverband sieht eigene Forderungen erfüllt - Brauerbund begrüßt Schutz von Brunnen zur Lebensmittelherstellung

BERLIN. Das sogenannte unkonventionelle Fracking wird bis auf Weiteres verboten. Eine entsprechende Regelung im Wasserhaushaltsgesetz hat der Bundestag am vergangenen Freitag (24.6.) im Rahmen eines Gesetzespakets zum Fracking beschlossen. Untersagt ist damit die Förderung von Erdgas und Erdöl in Schiefer-, Ton- und Mergelgestein oder Kohleflözgestein. Zugelassen werden lediglich vier Probebohrungen pro Jahr, die aber nur mit Zustimmung der jeweiligen Landesregierung erfolgen dürfen. Die Erprobungsmaßnahmen sollen dazu dienen, die Auswirkungen des Frackings auf die Umwelt, insbesondere den Untergrund und den Wasserhaushalt, wissenschaftlich zu erforschen. Beim konventionellen Fracking werden künftig Mineralwasservorkommen, Heilquellen sowie Stellen zur Entnahme von Wasser zur Herstellung von Lebensmitteln in die gebietsbezogene Fracking-Verbotsregelung einbezogen. Der Deutsche Bauernverband (DBV) zeigte sich zufrieden mit der

Neuregelung, auf die sich die Koalitionsfraktionen von Union und SPD zu Beginn der Woche verständigt hatten. Die Regierungskoalition greife mit ihrem Kompromiss die Bedenken der Landwirtschaft auf, indem die unkonventionelle Schiefergasförderung verboten werde, erklärte Verbandssprecher **Dr. Michael Lohse** gegenüber AGRA-EUROPE.

Schutz für Brunnen der Lebensmittelwirtschaft

Lohse erinnerte daran, dass sich der Bauernverband aufgrund einer Vielzahl von offenen Fragen und ungelösten Problemen für ein Moratorium beim unkonventionellen Fracking ausgesprochen habe. Die Gefährdung der für die Landwirtschaft essentiellen Produktionsgrundlagen Boden und Wasser müsse durch strenge rechtliche Rahmenbedingungen für die Nutzung der Fracking-Technologie vermieden werden, fasste der Verbandsprecher die DBV-Position zusammen. Dem werde nunmehr